Nr. 187 1. Ausgabe

Sonntag, 13. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher 19 5 28, 19 5 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Für 34 mm breite Kolonelzeile (oder Raum) 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 1.50, mit Platzvorschrift M. 1.— Für Stellen- oder Ausgaben 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. [illegible] Sondernachlaß. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,85, „ „ 5,55. Postbezug im Ausland u. Einzahlung in den Postämtern. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,50. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Die Blockade von heute an aufgehoben!

Die Schranken fallen

∞ **Versailles, 12. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittagssitzung beschlossen, die Blockade Deutschlands von heute, den 13. Juli 1919, an aufzuheben.**

Mit der erfolgten Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung ist nach den Versicherungen der Entente das letzte Hindernis für die Aufhebung der Blockade gefallen. Der oberste Rat der Alliierten hat aus dieser Tatsache seine Folgerungen gezogen und hat mit Wirkung vom 12. Juli die über Deutschland verhängte Blockade aufgehoben. Hiermit ist die Kriegsmaßnahme aufgehoben, die am drückendsten auf dem deutschen Volke lag und der die Verbündeten hauptsächlich ihren Sieg zu verdanken haben. Ueber ihre positive Wirksamkeit als Kriegsmittel kann kein Zweifel bestehen, anders aber ist es mit der Frage ihrer moralischen Berechtigung.

Es mag daran erinnert werden, daß die wirtschaftliche Knebelung Deutschlands im völkerrechtlichen Sinne keine Blockade war, sondern lediglich eine Ausnützung der englischen Vormachtstellung nach alter angelsächsischer Methode, wie sie bereits einmal gegen Frankreich angewandt wurde und von der schon Napoleon I. sagte: „England mißbraucht das Blockaderecht, das nach der Ansicht aller andern Völker nur bei befestigten Plätzen anwendbar ist, indem es dieses Recht bei Städten, Handelshäfen und Flußmündungen, die nicht befestigt sind, ausdehnt." Um den Gebrauch des heiklen Begriffs „Blockade" zu vermeiden, erklärte England einfach die ganze Nordsee als Kriegsgebiet, wodurch ja unter Schonung der englischen Flotte wirtschaftlich der gleiche Zweck erreicht wurde. Zwar erklärten die Vereinigten Staaten im November 1915 die englische Seegrenze als „nicht effektiv, ungesetzmäßig und unentschuldbar", was indessen der britischen Skrupellosigkeit keinerlei Sorgen bereitete; vielmehr ging man bald noch einen Schritt weiter, indem auch neutrale Häfen in das Sperrgebiet einbezogen wurden und schließlich die Aufhebung des § 19 der Londoner Seerechtsdeklaration erfolgte, womit auch noch nach neutralen Häfen unterwegs befindliche Schiffe beschlagnahmt werden konnten.

Mit alledem hat England sein Ziel erreicht, Deutschland dem Hunger auszuliefern, und hat es zugleich durchgesetzt, auch noch während des Waffenstillstandes zwei grimmige Konkurrenten, Amerika und Japan, von Deutschland fernzuhalten. Und doch dürfte sich diese englische Rechnung allem Anschein nach als falsch erweisen: in den besetzten Gebieten lagern schon gewaltige Mengen amerikanischer und französischer Waren, und mit dem Ende der Blockade dürfte auf dem deutschen Markt ein heißer Wettkampf entbrennen, dessen glücklicher Ausgang für England durchaus noch nicht so sicher ist.

Dieser Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung in Deutschland, der mit einer Unverfrorenheit vorbereitet wird, als hätten wir in unserm eigenen Lande überhaupt nichts mehr zu sagen, bildet die größte Gefahr für unser nationales Dasein und unser Wirtschaftsleben. Die Aufhebung der Blockade sollte uns nicht nur Brot bringen, sondern vor allem auch Rohstoffe für unsre Industrie und damit Arbeit, die für die Wiederherstellung von Ruhe und Zufriedenheit in Deutschland mindestens ebenso wichtig ist wie die Besserung der Lebensmittelverhältnisse. Wie steht es aber nun? Die Einfuhrtore sind geöffnet, doch vor ihnen lagern nur riesige Mengen teurer Fertigfabrikate, die das arme Deutschland wohl bitter notwendig hat, die es aber in kürzester Zeit bei Lieferung der nötigen Rohstoffe selbst herstellen könnte. Für uns handelt es sich in erster Linie nicht darum, daß wir alles, was wir fünf Jahre lang an Kulturprodukten entbehrt haben, nun plötzlich wieder in Hülle und Fülle für teures Geld vom Ausland geliefert bekommen, wodurch unser Geld ins Ausland wandert und unsre heimische, durch Krieg und Streik angegriffene Industrie vernichtet wird, sondern für uns handelt es sich vor allem darum, daß wir wieder selbst zu erzeugen beginnen. Die Besserung unsrer Lage durch eine gewaltige Einfuhr englischer, amerikanischer und japanischer Fabrikate ist nur scheinbar. Unser Geld wird dadurch nicht besser, sondern nur schlechter, unsre Arbeitsnot wird dadurch verewigt, unsre selbständigen Existenzen werden vernichtet und ganz Deutschland kommt unter die Herrschaft fremder Kapitalisten, der Sozialist sowohl wie der Konservative.

Ueber die Invasion des amerikanischen und des englischen Kapitals liegen täglich Meldungen vor. In sämtlichen Hafenstädten und inländischen Handelszentralen tauchen fremde Kaufleute auf und beschäftigen sich mit der Gründung neuer Handelsniederlassungen und dem Aufkauf deutscher Firmen. — Die Gefahr ist riesengroß! Gegen sie ankämpfen kann kein einzelner, sondern nur das ganze deutsche Volk geschlossen, indem es heute mehr wie je sich kritisch und ablehnend gegen fremde Erzeugnisse verhält und die einheimischen bevorzugt. Wir haben nahezu fünf Jahre gedarbt, wir müssen es nun auch noch ein paar Wochen länger können. Dann werden die Erzeugnisse der deutschen Arbeit wieder gleichwertig sein mit denen des Auslandes. Wer ein deutsches Fabrikat kauft, gibt einem deutschen Arbeiter Brot und Lohn, stützt die deutsche Valuta und hilft unsre Kriegsschuld abtragen.

Eine internationale Einfuhrmesse in Frankfurt

w. Frankfurt a. M., 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Zentralverband des Frankfurter Großhandels beschloß gestern, entsprechend einer Anregung der Frankfurter Handelskammer, Anfang Oktober in der Frankfurter Festhalle eine internationale Einfuhrmesse zu veranstalten, welche der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu den bisher feindlichen Staaten dienen soll. Sie ist als großzügige Friedensdemonstration des deutschen Handels gedacht.

Eine niederländische Handelskammer

+ Frankfurt a. M., 12. Juli. (Priv.-Tel.) In Frankfurt a. M. ist die Bildung einer niederländischen Handelskammer im Gange. Die Gründungsversammlung ist für den 17. dieses Monats einberufen.

Völkerbund und Abrüstung

Genf, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Herald" meldet aus New-York: Wilsons Begrüßungsansprache an die ihn empfangenden Senatoren enthielt die Erklärung des Präsidenten, daß im Interesse der Sicherung (!) des von Amerika gegründeten Völkerbundes das Heeres- und Flottenprogramm der Vereinigten Staaten eine Milderung nicht erfahren dürfe.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen

Rotterdam, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der Londoner „Daily News" hat die Admiralität für den 20. August acht Transportschiffe für die ersten Transporte der Kriegsgefangenen bereitgestellt. Nach Balfours Mitteilung im Parlament sind aus England 205 000 deutsche Kriegsgefangene heimzubefördern.

Die Bekanntgabe der Ratifikation

× Berlin, 11. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich Legationsrat v. Lersner übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am 10. d. M. vormittags folgende Note:

„Eure Exzellenz beehre ich mich im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde für den am 28. Juni d. J. unterzeichneten Friedensvertrag, das dazugehörige Protokoll und die am gleichen Tage unterzeichnete Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches am 9. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit besonderem Kurier nach Versailles abgegangen und wird von mir nach ihrem Eintreffen alsbald überreicht werden. Die deutsche Regierung sieht nunmehr einer Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockademaßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, auch hierüber baldmöglichst eine Nachricht zugehen lassen zu wollen."

Veröffentlichung der Akten

Rotterdam, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Im Senatsausschuß wurde von der Regierung mitgeteilt, daß die Akten über die Vorgeschichte des Krieges nur mit Zustimmung aller Alliierten veröffentlicht werden könnten. Solange Deutschland als schuldiger Teil mit der Veröffentlichung nicht vorangehe, hätten die Alliierten keine Veranlassung, ihrerseits der Frage der Veröffentlichung näherzutreten.

(Wir haben uns schon lange bereit erklärt, einem internationalen Gerichtshof die Akten zur Aufklärung der Schuldfrage vorzulegen. Die Entente dagegen hat sich bis jetzt geweigert, ein internationales Schiedsgericht anzuerkennen, und hat selbständig ein einseitiges Urteil über die Schuldfrage gefällt. Wir haben keinen Grund, anzunehmen, die Entente würde unserm Beispiel der Veröffentlichung der Akten folgen, und müssen daher mit ihrer Preisgabe warten bis zur Einsetzung eines vertrauenswürdigen Gerichtshofes.)

„Streng geheim"

Nach einer Havas-Meldung hat Clemenceau dem Kammerausschuß für den Friedensvertrag versprochen, dem Ausschusse die Protokolle der Friedenskonferenz mitzuteilen. Diese Dokumente werden als streng geheim betrachtet. Sie wurden nur den fünf Großmächten mitgeteilt.

Der Friede mit unsern Verbündeten

* Rotterdam, 12. Juli. Die französische Presse meldet, daß die Alliierten die Bulgaren ersucht haben, ihre Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen zu ernennen. Die Abordnung wird am 25. Juli in Enghien erwartet. Ueber den Vertrag weiß das „Journal" zu berichten: Die Grenzen des neuen Bulgarien sind vollkommen festgelegt. Die Griechen erhalten das westliche Thrazien, die Serben die Gegend von Strumitza und eine kleine Grenzverbesserung bei Küstendil. Dagegen versuche man, daß Rumänien das von ihm 1913 annektierte Gebiet der Dobrudscha aufgibt, mit Ausnahme der Brückenköpfe von Silistria und Turtukai.

Die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hat sich wiederum verzögert. Sie kann frühestens am Mittwoch erfolgen.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

Genf, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Pichon erklärte gestern im Kammerausschuß, daß Frankreich nach der Rechtsgültigkeit des Friedens die Sondergesandtschaften auch in Süddeutschland wieder aufzurichten gedenke. Die französischen Konsulate in Deutschland würden am 1. Oktober ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Die umbrandete Stellung Nittis

soh. Lugano, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der 124 Senatoren und 138 Deputierte umfassende und zumeist aus Kriegsparteilern bestehende Fascio Parlamentare nimmt Stellung gegen Nitti und schart sich um Sonnino und Salandra. Dies zwingt das Kabinett, sich noch mehr auf die Giolittianer, Neutralisten und Kriegsgegner zu stützen. Die parlamentarische Lage wird dadurch verwirrt und Nittis Stellung schwankend. Die Opposition beutet gegen ihn auch die pessimistischen Erklärungen Tittonis vor den Fraktionsführern über den Stand der Adria-Verhandlungen aus. Das „Secolo" bekämpft leidenschaftlich jeden Gedanken an eine Wiederberufung Salandras und Sonninos, die mit Cadorna für die schlechte Führung des Krieges und Ausnutzung des Sieges verantwortlich seien. Das Blatt brandmarkt die versteckten und offenen Machenschaften zum Sturze Nittis. Letzterer mußte sich in der gestrigen Sitzung der Kammer ausführlich gegen die Vorwürfe verteidigen, den Verbündeten Material zur Anklage gegen Italien geliefert und ihre Entfremdung verschuldet zu haben. Er beanspruchte das Verdienst, England und Amerika zu Leistungen veranlaßt zu haben, ohne welche Italien brotlos geblieben wäre. In beinahe rührenden Tönen appellierte Nitti an die Mäßigung des Patriotismus und an die Mitarbeit seiner Gegner zur Erfüllung seiner maßlos schweren Aufgabe.

Sperrung der italienischen Grenze

Zürich, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die italienische Grenze ist seit Freitag früh gesperrt.

Die Lebensmittelnot in Oesterreich

× St.-Germain, 11. Juli. Staatskanzler Renner richtete an den Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Da wir, der Aufforderung des Obersten Wirtschaftsrates folgend, ihm alle im Inlande und in den neutralen Staaten befindlichen ausländischen Werte zur Verfügung gestellt haben, die in den alliierten und assoziierten Staaten vorhandenen ausländischen Werte aber mit Beschlag belegt sind, sind wir gegenwärtig absolut nicht in der Lage, uns rechtzeitig von anderer Seite Kredit für den Bezug von Lebensmitteln zu beschaffen. Die uns vom Obersten Wirtschaftsrat eingeräumten Kredite gehen rasch zu Ende. Schon gegenwärtig erhalten wir nur Getreide und Mehl, während die Zuschübe von Fleisch, Fett, Reis und Kondensmilch aufgehört haben. Unsre Ernährungslage verschlechtert sich daher wieder außerordentlich und ist kritisch. Nun wird im August auch der Kredit für Getreide und Mehl erschöpft sein. Wenn die Zuschübe aufhören würden, wäre ein großer Teil unsrer Bevölkerung, insbesondere die Bevölkerung Wiens und der industriellen Bezirke, dem Verhungern preisgegeben. Wenn die Sendungen der Alliierten aufhörten, müßte die Hungersnot, die eine Zeitlang durch diese Sendungen gemildert wurde, mit erneuter Wucht verheerend über uns hereinbrechen, und es wäre unmöglich, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Da wir alle realisierbaren Aktiven zur Verfügung des Obersten Wirtschaftsrates gestellt haben, müssen wir die dringende Bitte stellen, daß uns provisorisch weitere Kredite, wenigstens für die Monate August und September, gewährt werden." Am Schluß des Schreibens wird nochmals darauf verwiesen, daß eine Unterbrechung der Lebensmittelsendungen eine Katastrophe herbeiführen werde.

Gegen die Vernichtung der österreichischen Bahnen

Das Wolff-Bureau meldet: Staatskanzler Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen, in der gegen die Verstümmelung des deutsch-österreichischen Bahnnetzes Einspruch erhoben wird. Geradezu grotesk sei die Verstümmelung der östlichen und nördlichen Linien. Das verstümmelte Bahnnetz sei augenblicklich in einem trostlosen Zustande. Deutsch-Oesterreich verfüge nicht über die Mittel zu seinem Wiederaufbau. Diesem verstümmelten Bahnnetz würden durch die Friedensbedingungen zum Teil unerfüllbare Verpflichtungen auferlegt. Eine weitere Note wendet sich dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffspark der deutsch-österreichischen Schiffahrtsgesellschaften und ihre Anlagen aufgeteilt und gegen Entschädigung abgelöst werden sollen. Auch bei den Verkehrsfragen werde die Regelung im Friedensvertrag nur mit jenen Ländern möglich sein, mit denen Oesterreich sich im Kriege befunden habe. Das Verhältnis der Gebiete der früheren Monarchie untereinander könne dagegen nur durch einen Ausschuß unter Leitung der Großmächte rationell gelöst werden.

Die Verkleisterung des Risses

Die latente Kabinettskrise in Sachsen wird vorläufig weitergeschleppt. Das ist das einzige Ergebnis der Fraktionsverhandlungen, die durch den Vorstoß der Unabhängigen Sozialisten und der Demokraten herbeigeführt wurden. Zunächst sind die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit den Unabhängigen wegen der Neubildung der sächsischen Regierung ergebnislos verlaufen. Die Unabhängigen stellten für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der Ministerposten, Einführung des Rätesystems und Bildung eines Arbeiterrates, also eines Nebenparlaments. Richtiger eines andern Parlaments, das als Klassenparlament über der Volksvertretung stünde und in seiner Machtstellung stärker wirken müßte als die ehemalige Erste Kammer. Die sozialdemokratische Fraktion glaubte, auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können, und so haben sich die Verhandlungen mit den Unabhängigen zerschlagen. Da (so heißt es weiter in dem offiziellen Bericht) „im gegenwärtigen Augenblicke auch die demokratische Fraktion keinen besondern Wert mehr auf den Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung legt", wird die jetzige mehrheitssozialistische Regierung vorläufig am Ruder bleiben. Im Laufe des Monats August sollen jedoch die Besprechungen zwischen den einzelnen Parteien zur Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

In der Pfalz erzählt man sich gelegentlich eine volkstümliche Parabel von zwei Bauern. Der eine treibt eine stattliche Kuh. Neben ihm schreitet mit nicht zu verbergender Begehrlichkeit und mit Blicken, die das stattliche Tier streicheln, der andre. Der Besitzende zeigt im Uebermut auf eine Kröte, die am Wegrain hüpft: „Mache mer e Wett, daß de die Krott nit schlucke kannscht! Wenn de se frißt, g'heert die Kuh dein!" Der Aermere wirft einen Blick auf den Protzigen, einen auf die Kuh, einen auf die Kröte. Dann beginnt er den Versuch. Angstvoll sieht der Uebermütige die Kröte schon halb verschlungen, die Kuh bereits halb verloren. In der Not bietet er dem Würgenden, dessen erzwungener Appetit zu versagen droht, die Gegenwette: „Wenn ich die annere Hälft' schluck', g'heert die Kuh wieder mein." Darüber wird man einig. Die Angst vor dem drohenden Verlust läßt den Besitzer der Kuh die greuliche Aufgabe vollbringen. Nun aber stehen die beiden nachdenklich: „Warum hawwe mer eegentlich die Krott gefresse?" Diese sehr kluge Frage der Parabel pflegt man dort, wo jetzt in Deutschland französische Militärs regieren, immer in Fällen nutzlosen Eifers und Gegeneifers aufzuwerfen. Und so wird man auch bei uns im ganzen Lande nicht verstehen, warum — „wir die Krott gefressen haben". An dem Zustand vom 4. Juli und vorher ändert sich nach all dem Aufwand nicht das geringste. Damals aber haben außer den Unabhängigen auch die Demokraten das Gehalt für den Ministerpräsidenten nicht bewilligt, also die stärkste Form des Mißtrauensvotums benützt, die es im parlamentarisch regierten Staate gibt. Als dann die Fraktion der sozialdemokratischen Mehrheit durch ihren Sprecher verkündigte, man sei bereit, in den nächsten Tagen in Verhandlungen einzutreten zwecks Errichtung eines Koalitionskabinetts, zogen die Demokraten ihr Mißtrauensvotum zurück und — haben ein paar Tage später kein Interesse mehr für dasselbe Anerbieten, das sie veranlaßte, das verweigerte Ministergehalt zu bewilligen.

Man kann nicht gerade behaupten, daß diese Politik der Demokraten sehr verständig oder auch nur für die Wähler verständlich sei. In der politischen Lage hat sich seit ihrem Vorstoß nichts geändert. Klar und eindeutig ist nur die Politik der Unabhängigen. Was sie verlangen, kommt praktisch der Räterepublik gleich. Womit eigentlich alles gesagt ist. Es wäre wohl überflüssig, nach so viel Erörterungen dieser Frage und nach einem Blick auf die Segnungen der Räterepublik in Rußland und Ungarn noch den Gründen zu suchen, warum die Sozialdemokraten diesen Vorschlag abgelehnt haben. Jedenfalls aber muß jeder, der von der Parteien Haß und Gunst unbeirrt diese eigenartigen Vorgänge betrachtet, zu dem Ergebnis kommen, daß die Sozialdemokraten sich einwandfrei verhalten und die Folgerungen aus dem parlamentarischen System und der demokratischen Verfassung gezogen haben.

Und nun sind wir wieder so weit, wie damals, als die Demokraten ihre weißen Zettel abgaben. Nur daß die Unsicherheit der Regierung noch deutlicher zutage getreten ist. Das Kabinett hat in der Kammer keine irgendwie gesicherte Mehrheit. Irgendein ungeschickter Fraktionsheißer oder Fraktionsheißerer kann ihm den Zwirnsfaden legen, über den es stolpern muß. Nach den Erfahrungen seit 1914 ist zwar leider immer noch nicht damit zu rechnen, daß diese Gefahr für die ruhige Entwicklung und den Wiederaufbau allenthalben rechtzeitig erkannt wird. Die Hoffnung darauf ist um so geringer, wenn man be-